

Nr.06/02

N i e d e r s c h r i f t

**über die Sitzung des Rates der Stadt Oldenburg
am Montag, 19.08.2002, im PFL**

Anwesend:

vom Rat:

Oberbürgermeister Schütz	Ratsherr Mühlbradt
Bürgermeister Nehring	Ratsfrau Müller
Bürgermeisterin Eilers-Dörfler	Ratsherr Müller
Ratsherr Adler	Ratsfrau Multhaupt
Ratsfrau Ahrens-Strassberger	Ratsfrau Neumann
Ratsherr Bischoff	Ratsfrau Neumann-Gäßler
Ratsfrau Bockmann (ab TOP 5)	Ratsfrau Dr. Niewerth-Baumann
Ratsfrau Bollerslev	Ratsherr Norrenbrock
Ratsfrau Burdiek	Ratsherr Dr. Pade
Ratsfrau Conty	Ratsherr Reck
Ratsfrau Dammers	Ratsherr Reinking
Ratsherr Danne	Ratsfrau Rohde-Breitkopf
Ratsfrau Diederich	Ratsherr Rosenkranz
Ratsherr Drieling	Ratsfrau Rudolph
Ratsherr Ellberg	Ratsfrau Scheibert
Ratsfrau Flemming-Schneider	Ratsfrau Scheller
Ratsfrau Gayk	Ratsherr Schwartz
Ratsfrau Hartmann	Ratsfrau von Seggern
Ratsherr Harzmann	Ratsherr Stratmann
Ratsherr Hochmann	Ratsherr Tambke
Ratsherr Kaps	Ratsherr Thole
Ratsherr Klarman	Ratsherr Vahlenkamp
Ratsherr Dr. Knake	Ratsfrau Würdemann
Ratsherr Krummacker	Ratsherr Zietlow
Ratsfrau Lück	

von der Verwaltung:

Stadträtin Meyn	Pressesprecher Krogmann
Stadträtin Niggemann	Verw.angest. Jerke als Protokollführerin
Stadtbaurat Dr. Pantel	
Ltd. Städt. Direktorin von Danckelman	

Entschuldigt fehlen:

vom Rat:

Ratsherr Dr. Niewerth
Ratsherr Siek

von der Verwaltung:

Stadträtin Opphard

Beginn der Sitzung: 18.00 Uhr

Ende der Sitzung: 20.03 Uhr

Hinweis:

Mit Ausnahme der **beigefügten Anlagen 2, 3, 11 und 15** wurden die Vorlagen bereits zur Sitzung übersandt.

Ratsvorsitzender Nehring begrüßt die Anwesenden, insbesondere die Zuhörerinnen und Zuhörer und die Vertreter der Presse sowie die beiden neuen Dezernenten, Frau Meyn und Herrn Dr. Pantel, die erstmals aktiv an einer Ratssitzung der Stadt teilnehmen.

Oberbürgermeister Schütz begrüßt die Dezernenten ebenfalls und händigt je einen Blumenstrauß aus. Mit Gratulationen zu seinem heutigen Geburtstag verbunden erhält Ratsherr Mühlbradt ebenfalls einen Blumenstrauß.

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Nehring eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2. Genehmigung der Tagesordnung

Ratsvorsitzender Nehring weist darauf hin, dass zum Tagesordnungspunkt 6.4.1 „Änderung der Richtlinien zur Förderung des Sports“ keine Beschlüsse gefasst werden können, da der Punkt im Sportausschuss noch nicht abschließend behandelt worden sei und der Verwaltungsausschuss noch nicht darüber beraten habe. Er schlägt vor, den TOP abzusetzen.

Ratsfrau Müller kündigt eine Wortmeldung zum Thema an.

Aufgrund des Diskussionsbedarfes schlägt Ratsvorsitzender Nehring vor, die Tagesordnung wie vorliegend zu genehmigen.

Die Tagesordnung wird ohne Änderung einstimmig genehmigt.

3. Genehmigung von Niederschriften

Die Niederschriften Nr. 04/02 vom 27.05.2002 und Nr. 05/02 vom 17.06.2002 (öffentliche Teile) werden einstimmig genehmigt.

4. Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Schütz berichtet von Aktivitäten der Stadt und der Bürgerinnen und Bürger angesichts der Flutkatastrophe. Insbesondere weist er auf eine gemeinsame Aktion der Volkshochschule und des Deutschen Roten Kreuzes am nächsten Samstag auf dem Waffenplatz hin und auf ein Benefizkonzert der Deutsch-Polnischen Gesellschaft am gleichen Abend im PFL, wobei er für die Veranstaltungen die Schirmherrschaft übernommen habe. Er bat um rege Teilnahme, da die Erlöse den Flutopfern zu Gute kämen.

Auch Helferinnen und Helfer aus Oldenburg seien inzwischen in den betroffenen Gebieten eingesetzt, so z. B. 32 Helfer der Johanniter aus dem Regionalverband Weser-Ems und 30 Helfer des THW Oldenburg. 55 Feuerwehrleute sowie 22 Personen aus dem Bereich der Logistik seien angefordert und würden in den nächsten Tagen ihren Dienst an der Elbe leisten.

Der Rat der Stadt werde ebenfalls einen Beitrag leisten, in dem die Sitzungsgelder für die heutige Sitzung von allen Mitgliedern für die Fluthilfe gespendet würden. Dies sei nur ein Anfang, er rufe auch alle Bürgerinnen und Bürger auf, den Opfern Hilfe zu kommen zu lassen.

5. Einwohnerfragestunde

(Anlagen 1, 2 und 3)

Ratsvorsitzender Nehring informiert, dass zwei Personen die Möglichkeit der Einwohnerfragestunde nutzen und bittet zuerst Herrn Mark Gyampoh seine Fragen vorzutragen.

Herr Gyampoh trägt mit Einverständnis des Ratsvorsitzenden auf seinen Wunsch und aufgrund einer Reihe von anwesenden ausländischen interessierten Zuhörerinnen und Zuhörern die Fragen in englischer Sprache vor.

Ratsvorsitzender Nehring verweist auf die in deutscher Sprache vorliegenden Fragen (**Anlage 1**).

Oberbürgermeister Schütz stellt klar, die Amtssprache sei deutsch und trägt zum allgemeinen Verständnis die Fragen nochmals in deutscher Sprache vor. Die Fragen beantwortet er gemäß **Anlage 2**. Ergänzend weist er darauf hin, dass es sich hier um Bundesrecht handelt und die Stadt keine Gestaltungsmöglichkeit habe.

Ratsvorsitzender Nehring weist Herrn Gyampoh darauf hin, dass er die Möglichkeit habe, zwei Zusatzfragen zu stellen.

Herr Gyampoh äußert, ihm sei klar, dass die Stadt im Rahmen des Bundesrechtes beschränkte Möglichkeiten habe, jedoch könne sich der Rat politisch zu der Verpflichtung des Gutscheinsystems für Asylbewerber äußern. Zum Zweiten Punkt möchte er wissen, warum das bis 1997 praktizierte Verfahren für Asylbewerber aus den Nachbarlandkreisen, nämlich der erlaubte Aufenthalt auch in der Stadt Oldenburg, eingeschränkt worden sei, obwohl sich die Rechtslage seit Einführung des Asylverfahrensgesetzes 1982 nicht verändert habe.

Oberbürgermeister Schütz antwortet, dass man als Abgeordneter zwar versuchen könne, auf Bundesrecht Einfluss zu nehmen, doch er, wie auch sein Amtsvorgänger, aus rechtlichen Gründen gehalten sei, eine Beschlussfassung, die den gesetzlichen Regelungen widerspricht, zu beanstanden.

Bezüglich der Einschränkung des Aufenthaltes verweise er auf die bisherigen Ausführungen und die Praxis der Ausländerbehörden, im Einzelfall zu entscheiden. Im Übrigen könne er hier nicht für die zuständigen Landkreise sprechen.

Als zweite Fragestellerin ruft Ratsvorsitzender Nehring Frau Pitz auf.

Frau Pitz erhält Gelegenheit, ihre Frage zu stellen. Sie verliest die Frage (**Anlage 3**) und begründet sie sehr ausführlich.

Ratsvorsitzender Nehring weist auf den rechtlichen Rahmen einer Einwohnerfragestunde hin. Fragen seien kurz und sachlich zu stellen, eine politische Diskussion sei nicht möglich.

Oberbürgermeister Schütz antwortet, er wüsste, er könne aufgrund ausreichend vorhandener Haushaltsmittel sämtliche freiwilligen Leistungen in der bisherigen Form erhalten und ggf. sogar noch ausbauen. Dies sei leider nicht der Fall. Die Inanspruchnahme des Beratungsangebotes von Wildwasser solle jedoch auch unter Berücksichtigung knapper Ressourcen aufrecht erhalten werden. Zurzeit sei eine Kürzung des Zuschusses an Wildwasser nur insoweit vorgesehen, dass die Stadt lediglich noch einen Zuschuss entsprechend der Inanspruchnahme des Beratungsangebotes durch stadtdenburger Ratsuchende gewährt. Der vorgesehene Zuschuss für das Jahr 2002 habe sich gegenüber dem Vorjahr nicht verringert. Die Zuschüsse für das Jahr 2003 werde man im Rahmen der Haushaltsberatungen diskutieren müssen.

Frau Pitz nutzt die Möglichkeit, noch eine Nachfrage zu stellen und möchte konkret wissen, wie beabsichtigt sei, Einschnitte für die Zukunft zu verhindern.

Oberbürgermeister Schütz weist auf das strukturelle Defizit von 30 Mio. € hin. Unangenehme Einschnitte müsse es daher im Bereich der freiwilligen Ausgaben überall geben. Der Rat werde in den nächsten Monaten im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2003 abwägen und Prioritäten setzen müssen.

6. Verwaltungsausschuss und Fachausschüsse

6.1 Verwaltungsausschuss vom 05.08.2002

6.1.1 Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss

Vorlage: 02/0481 (Anlage 4)

- einstimmig -

6.2 Ausschuss für Stadtplanung und Bauen vom 01.08.2002

6.2.1 Änderung Nr. 1 des Bebauungsplanes M-476 (östlich Donnerschweer Straße/nördlich Brahmkamp)

– Satzungsbeschluss

Vorlage: 02/0511 (Anlage 5)

- einstimmig -

6.3 Haushalts- und Finanzausschuss vom 07.08.2002

6.3.1 Kostenspaltung für die Straße Am Stadtrand

Vorlage: 02/0529 (Anlage 6)

- einstimmig -

6.3.2 Bewilligung in Höhe von 168.010,52 EUR für den Haarenausbau (Uhlhornsweg – Haarenfeld)
Vorlage: 02/0549 (Anlage 7)

- einstimmig -

6.3.3 Bewilligung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 110.000 EUR für das Gymnasium Eversten
Vorlage: 02/0550 (Anlage 8)

- einstimmig -

6.3.4 Beitrittsbeschluss zum Haushalt 2002
Vorlage: 02/0533 (Anlage 9), 02/0533-1 (Anlage 10), **Anlage 11**

Ratsvorsitzender Nehring weist auf die ergänzende Stellungnahme zum Beitrittsbeschluss (Vorlage 02/0533-1) hin, die im Haushalts- und Finanzausschuss beraten wurde.

Stadträtin Meyn erläutert, mit Hinweis auf den vorliegenden Beitrittsbeschluss, mit dem der Haushalt 2002 nun weit in der 2. Jahreshälfte in Kraft gesetzt werden soll, die klaren Maßgaben der Bezirksregierung, die in der desolaten Haushaltslage und dem ständig steigenden Defizit begründet seien. Die Einschnitte seien schmerzhaft, aber notwendig und nur mit eiserner Disziplin erreichbar.
*Der Wortlaut der Rede ist der Niederschrift als **Anlage 11** beigefügt.*

Ratsherr Thole weist auf die ausführlichen Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuss und die Verwaltungsvorlage hin, wobei er ergänzend kurz begründet, warum die SPD-Fraktion dem Beitrittsbeschluss zustimmen werde. Zum Einen habe man aufgrund des rigiden Einstellungstopps im Bereich der Personalkosten bereits große Erfolge erzielt. Zum Anderen sei er zuversichtlich, trotz der massiven Einschränkungen im Sachkostenbereich die Leistungen der Stadtverwaltung aufrecht zu erhalten. Auch sehe er durch die Kürzungen bei den Tochtergesellschaften keine existenzielle Gefahr. Die Einsparungen im Vermögenshaushalt seien nicht aufgehoben, sondern nicht mehr im Haushalt 2002 eingestellt, da sie nicht mehr durchgeführt werden könnten. Notwendige Ausgaben müssten daher in den Haushalt 2003 eingestellt werden. Dies sei Grundlage für die SPD-Fraktion, dem Beitrittsbeschluss zuzustimmen.

Ratsherr Adler erläutert, dass seitens der PDS-Fraktion nicht hauptsächlich kritisiert werde, dass die zahlreichen Einsparungen, z. B. im Personal- und Sozialhilfebereich ohnehin völlig unrealistisch seien, sondern dass man sich nun völlig den Maßgaben der Bezirksregierung unterwerfen wolle, um endgültig einen Schluss-Strich unter den Haushalt 2002 zu ziehen. Die Bezirksregierung habe durch ihr Verhalten eine Verzögerungstaktik betrieben und damit Fakten geschaffen, die Investitionspolitik der Stadt zu blockieren. Damit seien aufgrund der wirtschaftlichen Lage falsche Signale gesetzt worden. Stattdessen sei, wie es auch der Städtetag gefordert habe, ein Soforthilfeprogramm für die Kommunen erforderlich. Oldenburg stehe mit seinen finanziellen Sorgen nicht allein. Er erinnert an die Situation in der Stadt München. Die Gewerbesteuerumlage belaste alle Kommunen. Er habe sich vor diesem Hintergrund gewünscht, der Oberbür-

germeister trete im Interesse der Stadt auf höherer Ebene auch gegen die Bezirksregierung an. Gesamtpolitisch seien Voraussetzungen zu schaffen, die es den Kommunen ermöglichen, handlungsfähig zu bleiben.

Ratsherr Klarmann äußert, er gebe seinem Vorredner recht, was die unnötigen Verzögerungen durch die Bezirksregierung betreffe. Er könne dies nicht nachvollziehen und sei der Auffassung, dass mindestens in der Juni-Sitzung des Rates die Vorlage zum Beitrittsbeschluss, dessen Erforderlichkeit bereits damals festgestanden habe, hätte erfolgen müssen. Haushaltsausgabereise seien nahezu erzwungen worden. Im Übrigen wundere er sich, dass man sämtlichen Vorgaben der Bezirksregierung zu 100 % gefolgt sei und seitens der Verwaltung für machbar halte. Er habe Zweifel, sowohl bei den Personal- als auch bei den Sachkosteneinsparungen. Auch die Realisierbarkeit der Kürzungen der Investitions- und Kassenkredite sehe er nicht, zumal die Bauleitplanung Huntebad weiter verfolgt werden solle. Dennoch werde die CDU-Fraktion dem Beitrittsbeschluss zustimmen, damit überhaupt noch etwas geschehen könne.

Ratsherr Reinking weist noch einmal detailliert auf die 4 Vorgaben der Bezirksregierung hin. Den Ausführungen der Verwaltung habe man entnehmen können, dass es bei den vorgegebenen Kürzungen der Nettoneuverschuldung und der Kassenkredite keine Probleme geben werde. Die vorgegebenen Kürzungen im Verwaltungshaushalt und bei den Verpflichtungsermächtigungen habe zu Verschiebungen, Kürzungen und Streichungen geführt, die im nun vorliegenden Beitrittsbeschluss enthalten seien. Er appelliert an das Verantwortungsbewußtsein aller Fraktionen, diesen Vorgaben zuzustimmen, um handlungsfähig zu werden und erinnert daran, dass die FDP/BFO in den letzten 15 Jahren nicht an der verantwortungstragenden Mehrheit beteiligt gewesen sei. Auch auf Bundesebene habe man keinen Einfluss auf den Bereich der Gewerbesteuer gehabt, wobei der Wegbruch der Gewerbesteuereinnahmen alle Städte sehr hart getroffen und vielfach zu einer Haushaltssperre geführt habe.

Ratsfrau Diedrich erinnert daran, dass ihre Fraktion seinerzeit dem Haushalt nicht zugestimmt habe. Man habe andere Prioritäten gesetzt und Streichungen vorgeschlagen. Inzwischen seien auch einige Vorschläge aufgegriffen worden. Die Fraktion werde dem Beitrittsbeschluss zustimmen, obwohl man nicht an die Einsparungen glaube. Ein verabschiedeter Haushalt sei immer noch besser als kein Haushalt.

Ratsherr Dr. Knake wendet sich dagegen, dass die Bezirksregierung hier als Schuldige dargestellt wird. Nicht die Bezirksregierung, sondern die Umstände würden massive Einsparungen erfordern. Aufgabe der Bezirksregierung sei es, in schwierigen Situationen eine Position durchzusetzen. Aufgrund der deutschen Einheit sei man nicht mehr in der Lage, den Standard der 90iger Jahre zu halten. Einsparungen im kulturellen und sozialen Bereich seien notwendig. Positiv bewerte er, dass der jetzige Oberbürgermeister bereits weit mehr Einsparpotentiale der Verwaltung habe aufzeigen können, als der bisherige Oberbürgermeister. Es bleibe nichts anderes übrig als einzusparen, wenn man etwas retten wolle. Im Übrigen sei er der Auffassung, dass es nichts nütze, aus pragmatischen Gründen dem Beitrittsbeschluss zuzustimmen, man müsse auch an die Entscheidung glauben. Er werte aber die breite Zustimmung positiv.

Oberbürgermeister Schütz bedankt sich für die breite Zustimmung zum Beitrittsbeschluss und ergänzt, dass auch seiner Auffassung nach die kommunalen Finanzen durch die Auswirkungen der Bundesgesetze, z. B. im Bereich der Gewerbesteuererinnahmen, geprägt seien. Bundesgesetze führten vermehrt dazu, dass Kommunen finanziell belastet würden. Dagegen müsse man sich massiv wehren. Auch der Städtetag habe dieses Thema aufgegriffen. Die neuen Abschreibungsmöglichkeiten führten zu weiteren Einnahmeeinbußen. Auch könne nicht hingegenommen werden, dass die Kommunen allein die Folgen der Konjunktur zu tragen hätten, insbesondere nicht die vollen Kosten der Sozialhilfe. Dass die Bezirksregierung hier mit vielen Wortbeiträgen angegriffen worden sei, könne er nicht nachvollziehen. Es hätten viele einvernehmliche Gespräche stattgefunden, die schließlich in dem vorgeschlagenen Beitrittsbeschluss mündeten und im Hinblick auf eine nun endlich handlungsfähige Verwaltung diskutiert worden seien. Eine Differenz bliebe allerdings, so könne man die Vorgabe nach einer Nettokreditlinie „null“ nicht erfüllen. Durch den Verkauf der Abwasserbeseitigung sei die Entschuldung bereits so zurückgegangen, dass die Nettokreditaufnahmen 8 Mio. € betrage. Eine weitere Senkung sei nicht möglich, ohne dass die Stadt völlig handlungsunfähig sei. Er erwarte in den kommenden Monaten massive Diskussionen zum Thema, was eine Stadt investieren kann und soll und was gestreckt werden müsse. Dies erfordere intensive Gespräche mit der Bezirksregierung und voraussichtlich auch mit dem Innenministerium. Entschuldung dürfte nicht zu Lasten künftiger Investitionen gehen. Der Haushalt 2003, dessen Vorgabe es sei, noch weitere 1 % einzusparen, erfordere einen massiven Kraftakt aller Beteiligten..

An Ratsherrn Adler gerichtet, weist Oberbürgermeister Schütz darauf hin, dass die Bestreitung des Rechtswege im Rahmen der Haushaltsgenehmigung aufgrund des zeitlichen Aspektes wenig sinnvoll gewesen wäre. Es sei nun Aufgabe, mit der Bezirksregierung hart und klar zu diskutieren und Perspektiven aufzuzeigen.

Ratsherr Schwartz stimmt Oberbürgermeister Schütz in seinen Ausführungen zu und wünscht sich aber eindringlich für 2003 spätestens am Anfang des Jahres einen genehmigten Haushalt. Er bittet die Verwaltung, die entsprechenden Vorarbeiten entsprechend rechtzeitig zu veranlassen und in die Politik einzubringen.

Oberbürgermeister Schütz erläutert, dass nach Zielvorgabe der Verwaltung ohnehin am 07.10.2002 die Vorlage des Verwaltungsentwurfs vorgesehen sei und dieser den Fraktionen spätestens Mitte Oktober zugeleitet werden solle, so dass spätestens im Dezember der Haushalt 2003 beschlossen werden könne.

Über die Vorlage 02/0533 einschließlich der Erläuterungen 02/0533-1 wird nach Abschluss der Erörterungen wie folgt abgestimmt:

- mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen -

6.3.5 Bewilligung in Höhe von 192.236 EUR für die Beschaffung von IT-Ausstattungen für Oldenburger Schulen
Vorlage: 02/0575 (Anlage 12)

- einstimmig -

6.3.4 Sportausschuss vom 14.08.2002

6.4.1 Änderung der Richtlinien zur Förderung des Sports

Vorlage: 02/0512 (Anlage 13)

Ratsfrau Müller äußert sich verärgert zu der Vertagung dieses TOPs im Sportausschuss. Sie sei der Auffassung, dass der Ausschuss im Wege einer vertrauensvollen, offenen und ehrlichen Zusammenarbeit, gerade vor dem Hintergrund der Haushaltslage und der noch kommenden Diskussionen, darüber informiert werden müsse, warum die Nutzungsentgelte heute anders abgerechnet würden, als noch vor 4 Jahren. Im Übrigen hätten dem Ausschuss falsche Zahlen vorgelegen.

Frau Niggemann erinnert an den Vertagungsantrag des Stadtsportbundes, dem einvernehmlich im Sportausschuss zugestimmt worden sei.

7. Anträge der Fraktionen und Ratsmitglieder

7.1 Kostenlose Schwimmbadbenutzung für sozialhilfeberechtigte Kinder (PDS-Fraktion)

(Anlage 14)

Ratsvorsitzender Nehring verweist auf die Tischvorlage (**Anlage 15**)

Ratsherr Adler verliert den Antrag und weist darauf hin, dass der erste Teil bereits erledigt sei. Der zweite Teil müsse noch erfolgen, wenn der Antrag mehrheitlich unterstützt werde. Man wolle mit diesem Antrag auf die besonderen Probleme der sozialhilfeberechtigten Kinder hinweisen. In vielen Aufsätzen werde die Kinderarmut thematisiert. Insbesondere werde auf die eingeschränkten Möglichkeiten hingewiesen, die diese Kinder hätten, sich an dem sozialen und kulturellen Leben zu beteiligen bis hin sogar zu der Einschränkung, sich gesund zu entwickeln. Eine Diplomarbeit zeige diese Einschränkungen auch speziell für betroffene Oldenburger Kinder auf. Oftmals sei aufgrund der finanzielle Situation der Eltern sogar der Zugang zu den Sportvereinen verschlossen. Er appelliert, wenigstens zu Gunsten der Kinder, trotz hemmungsloser Sparpolitik, Möglichkeiten für die Betroffenen zu schaffen, zumal gemäß Verwaltungsvorlage ohnehin keine großen Kosten entstehen würden. Im Übrigen sei ohnehin fraglich, ob überhaupt entsprechende Einnahmen von dem betroffenen Personenkreis erzielt würden, da nach seiner Auffassung die Kinder das Schwimmbad überhaupt nicht mehr besuchen können und würden. Er appelliert an die Ratsmitglieder, hier ein Signal für Oldenburger Kinder von Eltern mit geringem Einkommen zu setzen.

Ratsfrau Diedrich weist darauf hin, dass sie bereits bei der Haushaltsrede 2002 darauf hingewiesen habe, dass diese Einsparung keinen Sinn habe, da die sozialhilfeberechtigten Kinder künftig nicht mehr ins Schwimmbad gehen würden. Einsparungen in der von der Verwaltung aufgezeigten Höhe seien im Einzelplan 4 berücksichtigt, aber als Ausgabe im Einzelplan 5 als Zuschussbedarf enthalten. Sie bedaure sehr, dass hier offenbar ein Schritt zu Entsolidarisierung beschlossen werden solle.

Ratsherr Dr. Knake weist die Argumentation von Frau Diedrich als „Milchmädchenrechnung“ zurück und argumentiert mit weiteren Kosten, die nach seiner Auffassung durch die zusätzliche Nutzung des Schwimmbades durch die sozialhilfeberechtigten Kinder entstünden. Im Übrigen sei ihm aus Gewerkschaftskreisen zugetragen worden - wobei die Verwaltung das evtl. noch einmal überprüfen müsse - dass bei der damaligen Befreiung von den Gebühren, ein wesentlich höherer Anteil von sozialhilfeberechtigten Kindern einer bestimmten Altersgruppe ins Schwimmbad gegangen seien als nicht sozialhilfeberechtigte Kinder. Seitens der Gewerkschaften habe man diese Tatsache moniert, da es auch nicht Sozialhilfebezieher mit einem sehr geringen Einkommen gäbe. Dies sei schließlich auch der Grund gewesen, weshalb man seinerzeit die kostenlose Nutzung eingeschränkt und eine gerechtere Lösung im Rahmen der Ferienpassaktion angestrebt habe. Im Übrigen solle der Antrag der PDS im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2003 beraten werden.

Ratsherr Klarmann sieht zurzeit ebenfalls keinen Beratungsbedarf, da vorab kein Beschluss zu den Haushaltsberatungen 2003 sinnvoll sei. Die Entscheidung müsse im Rahmen der Haushaltsberatungen fallen.

Oberbürgermeister Schütz beantragt Nichtbefassung für den 2. Teil des Antrages der PDS-Fraktion.

Dem Antrag wird mehrheitlich bei 8 Gegenstimmen zugestimmt.

....

N e h r i n g
Ratsvorsitzender

R e c k
stv. Ratsvorsitzender

S c h ü t z
Oberbürgermeister

J e r k e
Protokollführerin